

Gefahr, zu einem nur noch instrumentell verstandenen, praktisch aber zunehmend il-liberal werdenden Faktor des breiten antikommunistischen Konsenses der westlichen Gesellschaften zu werden [...]. Die bloß antikommunistisch-polemisch begründete neue Sichtweise der Weltlage lief, entgegen der im Rückblick etwa von Manès Sperber versuchten Rechtfertigungen, darauf hinaus, ähnlich dualistisch-manichäische Züge zu entwickeln, wie sie für das Denken der linksintellektuellen »fellow-travellers« der dreißiger Jahre kennzeichnend gewesen waren.³⁷³

6. Historische Zäsuren des *Monat*

Der *Monat* wurde nicht als eine internationale kulturpolitische Zeitschrift konzipiert, mit der beabsichtigt wurde, insbesondere auf unmittelbare tagespolitische Ereignisse einzugehen. Gleichwohl kam das Organ nicht umhin, aufgrund seiner speziellen Funktion im Kalten Krieg bestimmte zeitgenössische politische (Tages-)Geschehnisse zu thematisieren. Das betraf sowohl aktuelle Ereignisse in den westlichen Staaten und speziell in Westdeutschland als auch in den östlichen Staaten. Da indes der *Monat* nicht zuletzt ein Instrument der US-amerikanischen Außenpolitik in der politischen und propagandistisch-ideologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion war, waren in erster Linie aktuelle Ereignisse im sowjetischen Herrschaftssystem einschließlich der osteuropäischen Satellitenstaaten von einem grundsätzlichen Interesse für die Zeitschriftenredaktion um den Lasky. Infolgedessen gab es immer wieder einzelne historisch-politische Ereignisse im Stalinismus und im Nachstalinismus, auf die im *Monat* eingegangen wurde, zumal dann, wenn sie von grundsätzlicher Bedeutung für das sowjetische Herrschaftssystem einschließlich seiner Satellitenstaaten waren.³⁷⁴

Allerdings gab in diesem Zusammenhang bestimmte Ereignisse, die für den *Monat* eine historische Zäsur darstellten. Im Hinblick auf den für die vorliegende Arbeit als Grundlage dienenden Untersuchungszeitraum, der an die Jahre der Herausgeberschaft Laskys (1948 bis 1960) geknüpft ist, lassen sich vier Ereignisse finden, die eine historische Zäsur verkörperten.³⁷⁵ Hierbei handelt es sich um den Tod Stalins im März 1953, den Volksaufstand in der DDR im Juni 1953, die sogenannte Geheimrede Nikita Chruschtschows im Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU sowie den Volks-

373 Ebd., S. 254 f.

374 Exemplarisch sei hierfür der überraschende Sturz des Vizepräsidenten des Politbüros der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Milovan Djilas, genannt, der als potenzieller Nachfolger von Tito galt. Djilas verlor aufgrund seiner Kritik am jugoslawischen Kommunismus 1954 seine Ämter, wurde aus der Partei ausgeschlossen und zu einer 18-monatigen Gefängnisstrafe verurteilt; siehe hierzu bes. Ernst Halperin, Brief aus Belgrad: L’Affaire Djilas. Bericht über einen Ketzerprozeß, in: Der Monat 6 (1954), H. 66, S. 593–604.

375 Für die 1960er-Jahre können keine vergleichbaren Zäsuren ausgemacht werden. Gleichwohl gab es politische Ereignisse wie zum Beispiel die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 oder die Auslösung der »Kuba-Krise« im Oktober 1962, wo die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen in Kuba in einen offenen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR zu eskalieren drohte, die auch für den *Monat* eine zentrale Bedeutung hatten. Allerdings stellten sie keine Zäsur dar. Dasselbe gilt auch für die (internationale) Protestbewegung gegen den amerikanischen Vietnamkrieg im Laufe der späten 1960er-Jahre sowie die sogenannte Studentenrevolte 1967/68.

aufstand in Ungarn im Oktober 1956³⁷⁶ und den Reformkommunismus in Polen im selben Jahr.³⁷⁷

Diese vier politischen Ereignisse stellten mit Blick auf den *Monat* aus folgenden Gründen eine historische Zäsur dar:

1. Weil sie für das sowjetische Herrschaftssystem einschließlich seiner Satellitenstaaten von herausragender Bedeutung waren.
2. Weil sie mit Fragen verbunden waren, die explizit und implizit das Wesen des Stalinismus bzw. Nachstalinismus betrafen.
3. Weil sie Auswirkungen auf die internationale Politik hatten und mithin auch die internationale Öffentlichkeit interessierte.
4. Weil sie in der Zeitschrift nicht nur ausführlich zur Sprache gebracht wurden, sondern unter den Autoren – explizit oder implizit – eine inhaltliche Diskussion in Gang brachten.
5. Weil sie sich auch und vor allem auf die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift auswirkten.

Von alles überragender Bedeutung war hierbei zweifelsohne der Tod Stalins, weil er die zentrale Voraussetzung war für die im Anschluss daran in Gang kommenden politischen Veränderungen im Bereich des sowjetischen Herrschaftssystems.³⁷⁸

Eine ähnliche Bedeutung besaß auch die auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltene Geheimrede von Chruschtschow, weil hiermit der Boden bereitet wurde für die späteren Ereignisse in Ungarn und in Polen. Stalins Tod und Chruschtschows Geheimrede stellten wiederum im Grunde genommen die historischen Eckpunkte für den Wandlungsprozess des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems dar, weil sich vor allem durch die nachlassende Bedeutung des Terrors im politischen und gesellschaftlichen Alltag in der Sowjetunion das Wesen des Regimes verändert hatte. Im Hinblick auf den Charakter des Herrschaftsregimes war dies unter anderem mit der Frage verbunden, ob es noch als totalitär klassifiziert werden konnte und die zur analytischen Unterscheidung der Regime gemeinhin mit den Begriffen »Stalinismus« und »Nachstalinismus« umschrieben wurden.³⁷⁹ Da die beiden Ereignisse sowohl für

376 Zusätzlich politisch aufgeladen war der Ungarische Volksaufstand im Oktober 1956 für die internationale Öffentlichkeit und freilich auch für den *Monat* durch die Tatsache, dass er mit der »Suez-Krise« koinzierte. Der politisch-militärische Konflikt, zwischen Ägypten einerseits und Israel, Frankreich und Großbritannien andererseits, der durch die Verstaatlichung des Suezkanals durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el-Nasser ausgelöst wurde, schwor die Gefahr eines nuklearen Konfliktes hervor.

377 Zahlreiche der zu diesen Anlässen im *Monat* erschienenen Beiträge werden in den drei Kapiteln IV.2.6, IV.2.7 und IV.2.8 herangezogen und aufgeführt.

378 Dass an Stalins Todestag am 5. März 1953 zufälligerweise die von Carl J. Friedrich geleitete berühmte Totalitarismus-Konferenz der »American Academy of Arts and Sciences« in Boston begann, an der prominente Wissenschaftler wie beispielsweise Hannah Arendt, Karl W. Deutsch, Waldemar Gurian, Sigmund Neumann oder David Riesman teilnahmen, wurde bereits im Einleitungskapitel angesprochen.

379 Dass sowohl Stalins Tod als auch die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 für die Totalitarismustheorie mit weit reichenden Konsequenzen verbunden war, wurde ebenfalls im Einleitungskapitel zur Sprache gebracht. Denn nachdem infolge des Wandlungs-

den *Monat* als auch für die vorliegende Untersuchung eine zentrale Bedeutung besaßen bzw. besitzen, weil sie jeweils das Zentrum des sowjetischen Herrschaftsregime betrafen, sollen sie im Folgenden in aller Kürze beleuchtet werden.

6.1 Der Tod Stalins

Der Partei- und Regierungschef der Sowjetunion, Josef W. Stalin, starb im Alter von 73 Jahren in Moskau am 5. März 1953 an den Folgen eines drei Tage zuvor erlittenen Schlaganfalls. In einem noch in der Nacht von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Kommuniqué hieß es: »Das Herz des Kampfgefährten und genialen Fortsetzers der Sache Lenins, des weisen Führers und Lehrers der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes, Josef Wissarionowitsch Stalin, hat aufgehört zu schlagen. Der Name Stalin ist unserer Partei, dem Sowjetvolk und den Werktätigen der ganzen Welt unendlich teuer.«³⁸⁰

Im staatlichen Rundfunk wurde die Nachricht alle 30 Minuten verlesen und jeweils von einem Trommelwirbel und der Nationalhymne eingeleitet.³⁸¹ Vom 6. bis zum 9. März wurde in der Sowjetunion Staatstrauer angeordnet und mehr als zwei Millionen Menschen zogen an Stalins Sarg vorüber, der im Haus der Gewerkschaften in Moskau aufgebahrt wurde. Die führenden Vertreter des sowjetischen Staates hielten dort die Ehrenwache: Georgi M. Malenkow, Lawrenti P. Berija, Wjatscheslaw Molotow, Kliment J. Woroschilow, Nikita S. Chruschtschow, Nikolai A. Bulganin, Lasar Kaganowitsch und Anastas Mikojan. Am 9. März fand auf dem Roten Platz die Trauerfeier statt, auf der nach der offiziellen Eröffnung durch Chruschtschow die Reden von Malenkow, Berija und Molotow gehalten wurden und womit der internationalen Öffentlichkeit signalisiert wurde, dass sich aus diesem Personenkreis die neue Machtabfolge ergibt. Stalins ehemalige Weggefährten beschlossen, dass fortan die höchsten Partei- und Staatsämter getrennt werden: Am 6. März übernahm Malenkow den Vorsitz im Ministerrat und zu seinen vier Stellvertretern wurden Berija, Bulganin, Kaganowitsch und Molotow ernannt; seit dem 14. März fungierte Chruschtschow als Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU. Mit diesen Maßnahmen sollten die Weichen gestellt werden, um in der Sowjetunion ein neues Herrschaftsregime zu konstituieren, das sich in wesentlichen Zügen vom Stalinismus unterscheiden sollte, in dem Stalin am Ende durch die Vereinigung der Partei- und Staatsämter auf seine Person eine einzigartige Machtstellung besaß. Allerdings verlief Stalins Weg zur »Nr. 1« keinesfalls gradlinig, war unmittelbar mit der russischen Geschichte verbunden und zeichnete sich nicht zuletzt durch eine totalitäre Herrschaftspraxis aus.

prozesses des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems der Terror als totalitarismustypisches Phänomen eine nachlassende Bedeutung spielte, traten im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre immer mehr Zweifel vor allem an der klassischen Totalitarismustheorie von Carl Joachim Friedrich auf, die in der empirisch ausgerichteten politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung letztlich zur grundsätzlichen Infragestellung der Totalitarismustheorie führte. Dass selbstverständlich auch für die sogenannte Sowjetforschung der Tod Stalins und der Geheimbericht Chruschtschows ein zentrales Problem und mithin eine Herausforderung darstellte, muss sicherlich nicht ausdrücklich hervorgehoben werden.

380 Zit. n. Kraushaar, *Die Protest-Chronik 1949–1959*, II, S. 745.

381 Das Folgende nach ebd., S. 745–747.

Stalin wurde 1879 im georgischen Gori als Sohn eines Schumachers geboren und sein eigentlicher Familienname lautete Dschugaschwili. Ursprünglich sollte er Priester werden. Bereits während er das Priesterseminar in Tiflis besuchte, trat er in die Sozialdemokratische Partei ein. Nachdem er aufgrund seiner politischen Aktivitäten aus dem Priesterseminar ausgeschlossen wurde, tauchte er unter und arbeitete für seine Partei konspirativ weiter. Nach der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei schloss er sich dem bolschewistischen Flügel um Lenin an. Im Unterschied zu den in der Regel im Exil lebenden Parteiintellektuellen war Stalins Beitrag zur Parteipolitik primär praktischer als theoretischer Natur und galt insbesondere der Durchführung des Untergrundkampfes; hier lagen Stalins – sein neuer Name hieß »der Stählerne« – eigentliche Stärken. Von der zaristischen Polizei wurde er sechsmal verhaftet und in den Norden Russlands oder nach Sibirien verbannt, wobei ihm fünfmal die Flucht gelang und mithin die Fortführung seiner illegalen Tätigkeit als Berufsrevolutionär. Trotz seiner praktischen Verdienste trat Stalin in der Oktoberrevolution – er war erst kurz nach dem Sturz des Zaren im März 1917 aus vierjähriger Verbannung in Petersburg eingetroffen – nicht besonders in Erscheinung. Nach dem Sieg der Bolschewiki fungierte Stalin in der ersten Sowjetregierung als Volkskommissar für Nationalitätenfragen. Während des Bürgerkrieges war er als politischer Kommissar der »Roten Armee« tätig und hatte entscheidenden Anteil an der unter seiner Leitung durchgeführten, erfolgreichen Verteidigung von Zarizyn, dem später nach ihm benannten Stalingrad. Von diesem Zeitpunkt konnte Stalin seine Machtposition in der KPdSU sukzessive ausbauen, deren Politbüro er bereits seit dem März 1919 angehörte. Bereits 1922 gelang es ihm, zum Generalsekretär des ZK aufzusteigen und mit Sinowjew und Kamenew die Regierungsgewalt zu übernehmen. Obwohl Lenin in seinem politischen »Testament« geraten hatte, Stalin als Generalsekretär abzusetzen, konnte sich dieser dank seiner Schlüsselstellung im Parteiapparat auch nach dessen Tod im Januar 1924 als Generalsekretär behaupten. Mit der Ausschaltung Trotzki, dem gefährlichsten Rivalen um die Nachfolge Lenins, gelang Stalin ein entscheidender Schlag. Nachdem dieser 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde, begann Stalin seinen bereits ein Jahr zuvor propagierten »Aufbau des Sozialismus in einem Land« mit brutaler Gewalt durchzuführen. Die mit staatlichem Zwang durchgesetzte Kollektivierung der Landwirtschaft diente vorrangig einer expansiven Industrialisierung des Landes und kostete Millionen von Menschen das Leben. Zwar gelang der Sowjetunion der Aufstieg in den Kreis der Industriemächte, gleichzeitig festigte Stalin aber seine eigene Machtposition und errichtete ein diktatorisches, autokratisches Regime. Einen weiteren Höhepunkt erreichte der Terror Stalins bekanntlich in den Jahren zwischen 1936 und 1938, als in einer Kette perfide inszenierter Schauprozesse prominente »Altbolshewiki« wie Sinowjew, Kamenew und Bucharin sowie das Offizierskorps der Roten Armee unter der Führung von Marschall Tuchatschewski zu falschen Geständnissen gezwungen, zum Tod verurteilt und hingerichtet wurden. Nachdem sich der Diktator mit der physischen Liquidierung der alten Garde der Bolschewiki endgültig an der Spitze der Macht etablieren konnte, scheute er sich nicht, wenige Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges mit seinem politischen Erzfeind Hitler einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Obwohl die Sowjetunion nach dem überraschenden Überfall der Wehrmacht im Sommer 1941 durch Stalins Verschulden in eine militärisch fast aussichtslose Lage geriet, gelang es ihm, die Bevölkerung unter vielen Opfern für den »Großen Vaterländischen Krieg« zu mobilisieren. Nachdem es Stalin gelang, gemein-

sam mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien den Nationalsozialismus zu besiegen, bewies er insbesondere auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam großes strategisches Verhandlungsgeschick und konnte sich Osteuropa als Interessensphäre sichern. Nicht zuletzt die dort zwischen den Alliierten getroffenen Vereinbarungen ermöglichten Stalin durch eine mehr oder weniger erzwungene Einsetzung kommunistischer Regierungen den sowjetischen Einfluss auch auf die osteuropäischen Staaten auszuweiten.

Innenpolitisch setzte Stalin nach Kriegsende seine Terrorpolitik fort. Allein zwischen 1949 und 1952 wurden im Rahmen einer umfassenden Säuberung der Lenin-grader Parteiorganisation Tausende von Partei- und Staatsfunktionären verhaftet und größtenteils erschossen. Wenige Monate vor seinem Tod erreichte die politische Macht Stalins einen weiteren Höhepunkt, als er auf dem XIX. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952 das Politbüro umorganisierte. Die daraus resultierende Zentralisierung der Herrschaftsstrukturen ging einher mit einer neuerlichen Verhaftungswelle. Im Rahmen einer antisemitischen bzw. antizionistischen Kampagne kam es im Winter 1952/53 zur Verhaftung prominenter Kremlärzte, die kurz vor dem Tod Stalins der Auftakt war für eine umfassende Säuberung der Sicherheitsapparate, der Partei und des Politbüros, von der auch die engsten Gefährten des Kremlchefs betroffen waren – wie zum Beispiel Molotow oder Mikojan. Allem Anschein nach plante Stalin, sich auch vor allem seiner letzten Freunde und Helfer der Vergangenheit für immer zu entledigen.³⁸²

Der Tod des »großen Führers« der Sowjetunion löste unter Kommunisten in der ganzen Welt zunächst heftige emotionale Reaktionen aus. Obwohl er keineswegs zu einer Erschütterung des kommunistischen Herrschaftssystems führte, sorgte das Ableben Stalins insbesondere in den Satellitenstaaten für erhebliche Unsicherheiten im Hinblick auf den zukünftigen politischen Kurs der Sowjetunion, die sich durch den einsetzenden Machtkampf um dessen Nachfolge noch zusätzlich verstärkten. Eben-dieser Machtkampf war durch die Einsetzung der neuen Regierung keineswegs still-gestellt, sondern tobte hinter den Kulissen weiter. Unter anderem eine von der neuen Führung Ende März erlassene Amnestie, die beispielsweise zur Haftentlassung und Rehabilitierung der »Kremlärzte« führte, sowie der von der Sowjetunion eingeschla-gene »neue Kurs« in der Wirtschaftspolitik löste in zahlreichen Ostblockstaaten die weit verbreitete Hoffnung aus, dass sich das sowohl doktrinaire als auch terroristische Herrschaftssystem lockern könnte. Allerdings kam es nur in der DDR mit dem Volks-aufstand am 17. Juni 1953 zu einer offenen Rebellion gegen eines der von der Sowjet-union eingesetzten Regimes. Seine Niederschlagung mit sowjetischen Panzern zeigte aber wiederum, dass sich der kommunistische Machtapparat durch spontane Protest-bewegungen wenig verändern ließ.³⁸³

382 Siehe Jörg Baberowski, *Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003, S. 253–256.

383 Vgl. zum Volksaufstand am 17. Juni in der DDR aus der umfangreichen Forschungsliteratur exemplarisch Stefan Brant, *Der Aufstand – Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953*, Stuttgart 1954.